

Badische Landesbibliothek Karlsruhe

Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe

Der Landbote. 1849-1934 1923

41 (9.4.1923)

23.
Grüble
In den
die in
onage-
wechse
mehr in
brüder
2 500
1 700
12 000
1 250
18 000
8 950

Erscheint
Montag, Mittwoch und
Freitag.
Bezugs-Preis:
Durch die Post bezogen und durch
den Briefträger u. andere Anträger
ohne Postgebühr
monatlich 2700.— Mk.
Der Bezugspreis ist im Voraus zu
entrichten.
In Fällen von höherer Gewalt be-
steht kein Anspruch auf Lieferung der
Zeitung oder auf Rückzahlung des
Bezugspreises.
Geschäftszeit 10—6 Uhr, Sonntags
geschlossen.
Sprechstunden Nr. 11.
Postfach-Konto
Karlsruhe Nr. 6008.

Der Landbote

Sinsheimer Zeitung  **Gründet 1839**

General-Anzeiger für das Elsenz- und Schwarzbachtal

Älteste und verbreitetste Zeitung dieser Gegend. Haupt-Anzeigen-Blatt.

Anzeigen-Preise:
Anzeigen: Die 42 mm breite
Millimeter-Zeile 60.— Mk.
Reklamen: Die 87 mm breite
Millimeter-Zeile 180.— Mk.
Anzeigen mit Beilage oder
Ankunft 180.— Mk. Sonderbe-
günstigung. Alle Preise freibleibend.
Grundbesitz im Anzeigen-
und Zeitlich ist frei.
Bei Wiederholungen tarifreiter
Rabatt, der bei Rückzahlung inner-
halb 8 Tagen nach Rechnungs-
datum oder bei gerichtlicher Ver-
teilung und bei Konkurs erlischt.
Vorgeschrieben werden nicht an-
erkannt und für Aufnahmen an
bestimmten Tagen sowie für tele-
fonische Aufträge keine Gewähr
übernehmen.
Anzeigen-Aufnahme bis 8 Uhr
vormittags; größere Anzeigen wollen
am Tage vorher aufgegeben werden

Nr. 41.

Montag, den 9. April 1923.

84. Jahrgang

Das Wichtigste.

Der Reichskanzler Dr. Cuno ist völlig wiederhergestellt und hat die Geschäfte wieder übernommen.

In Kassel ist eine Fälscherbande verhaftet worden, welche ein französisches Spionagebüro mit erfundenen Nachrichten über rechtsradikale Geheimbünde versorgt hat.

Die Gewerkschaften in Remel haben den Generalstreik verkündet, weil der litauische Oberkommissar ihre Forderungen zum Schutz der deutschen Interessen nicht bewilligt hat.

Frankreich hat bis jetzt durchschnittlich zwei Kohlenzüge pro Tag aus dem Ruhrgebiet erhalten, gegenüber 47 Zügen vor der Besetzung.

Die staatliche Schachtanlage Waltrop wurde durch ein starkes Truppenangebot besetzt. Die Arbeiter stellten die Arbeit ein; die Besatzung gab eine Anzahl Schüsse ab, die jedoch niemanden verletzten.

Nach offiziellen Mitteilungen aus Paris bereitet sich eine Verständigung vor zwischen Frankreich, Belgien, Italien einerseits und England andererseits über ein gemeinsames Reparationsprogramm.

Ein Versuchsballon?

Es geht auf der Gegenseite etwas vor. Mussolini hat unmittelbar hintereinander zweimal mit den Belgiern gesprochen. Der ehemalige französische Wiederaufbauminister Loucheur ist in London und entfaltet dort eine geheimnisvolle Tätigkeit. Robert Cecil beginnt einen Propagandafeldzug in den Vereinigten Staaten. Das sind nur die äußerlich sichtbaren Zeichen einer starken diplomatischen Geschäftigkeit, deren Ziel zweifellos ist, das Ruhrabenteuer in einer für Frankreich möglichst günstigen Form zu liquidieren. Man darf es nun wohl als einen Versuchsballon aufnehmen, wenn gerade in diesem Augenblick der Daily Telegraph, der schon bei früheren Gelegenheiten als Sprachrohr für die französischen Pläne benützt wurde, mit einem vollkommenen Programm aufwartet, das, wie der Verfasser sagt, die Auffassung mancher französischen Kreise, selbst einiger der höchsten, wiedergibt. An den französischen Forderungen gemessen, wie sie noch vor 8 Tagen ausfanden, ist in diesem Plan sicherlich ein gewisses Entgegenkommen zu erkennen. Unser Leistungsfähigkeit gemessen aber geht es weit über das für uns Mögliche hinaus, umso mehr, als er doch im wesentlichen darauf berechnet ist, Frankreich durch scheinbare Nachgiebigkeit die Sympathien zurückzuerobieren, die es in der Welt durch sein brutales Vorgehen an der Ruhr verloren hat. Ein Gesamtbetrag von 50 Milliarden, das ist voraussichtlich mehr als die Hälfte dessen, was gegenwärtig noch vom deutschen Volksvermögen übrig ist, also mehr als wir bezahlen können, und wenn man den französischen Plan richtig liest, dann läuft er doch auch darauf hinaus, daß Deutschland zunächst einmal seinen passiven Widerstand aufgeben soll, damit Frankreich endlich in den Besitz der Kohlen kommt. Falls dann Deutschland zahlt, wird die Räumung des Ruhrgebiets ins Auge gefaßt. Da ja doch Frankreich selbst ein Moratorium vorschlagen will, würden diese Zahlungen erst in einigen Jahren beginnen und solange könnte Herr Poincaré an der Ruhr bleiben! Er würde also sämtliche Vorteile eines deutschen Abkommens in die Tasche stecken. Das sind nur die hauptsächlichsten Bedenken, die sich unmittelbar aus der Lektüre dieses Planes ergeben; sie kennzeichnen ihn aber schon nach seinem wahren Charakter. Er ist weiter nichts als eine Falle, in die Deutschland hinein laufen soll. Falls die Regierung Cuno so töricht wäre, diese Grundlage anzunehmen, würde sie von Position zu Position weiter zurückgedrückt, bis man sie schließlich auf die Kapitulation festgenagelt hätte. Deshalb besteht kaum ein Zweifel darüber, daß für Deutschland dieser Plan unannehmbar ist. Auf dieser Grundlage läßt sich nicht verhandeln. Poincaré muß schon etwas mehr von seinen Hoffnungen abgeben, wenn er darauf Wert legt, mit Deutschland sich zu verständigen.

Loucheurs Mißerfolg in London.

Auch heute noch ist die Reise Loucheurs das Problem des Tages. Zunächst ist die Lüge bereits dahin geklärt, daß nach der selbstverständlichen Ablehnung des von Loucheur in dem „Daily Telegraph“ gebrachten französischen Reparationsprogramm durch die deutsche Presse auch die englische Presse durchweg nichts von Verhandlungen auf Grund dieses Programms wissen will, das die Schaffung einer westrheinischen Republik in den Mittelpunkt stellt und dadurch dem Wiederaufleben des deutsch-französischen Kampfes Tür und Tor öffnet. Bei dieser Gelegenheit ergeben sich mehrere englische Blätter in interessanter Weise über die Pläne einer Neutralisierung oder Entmilitarisierung des Rheinlandes, für die sich Herr Lloyd George so stark ermaßt hat. Wir glauben zu wissen, daß die „Westminster Gazette“ die Meinung der gegenwärtigen Reichsregierung treffend wiedergibt, wenn sie berichtet, daß die französische Forderung einer Entmilitarisierung des Rheinlandes deutschseits mit der Forderung der Entmilitarisierung entsprechender französisch-belgischer Gebiete an der deutschen Grenze beantwortet werden würde. Eine entmilitarisierte Zone zwischen Deutschland und Frankreich dürfte nach deutscher Auffassung nicht nur den Rhein, sondern auch die Linie Lüttich, Luxemburg, Metz, Straßburg umfassen.

Auch die amerikanische Regierung hat durch ihre Organe in London andeuten lassen, daß sie dem Loucheurschen Reparationsprogramm nicht beipflichten könne, da es die Schulden der Alliierten an Amerika auf Deutschland abwälzen wolle. Loucheur hat aus diesem englischen und amerikanischen Verhalten schleunigst die Folgerungen gezogen. Sobald er merkte, aus

welcher Richtung der Wind wehte, begann er, sich den Mantel der Harmlosigkeit umzuhängen und bezeichnete seine Englandreise als Vergnügungsfahrt ohne jeden politischen Zweck. Dem steht die Tatsache entgegen, daß Bonar Law unmittelbar nach der Besprechung mit Loucheur seiner Unzufriedenheit über den im „Daily Telegraph“ veröffentlichten, von „höheren französischen“ Kreisen gebilligten Reparationsplan Ausdruck gab, dem steht ferner die Tatsache entgegen, daß man einem Telegramm der „Bosphorus Zeitung“ aus Paris zufolge in den Kreisen um Poincaré keineswegs bestritt, Loucheur habe die Reise im Einverständnis mit dem Ministerpräsidenten unternommen. Wenn man auch in diesen Kreisen den Eindruck habe, daß Loucheur selbst zweiwölz gesprochen habe, statt sich auf vorsichtige Sondierung des Londoner Terrains zu beschränken. Die der Pariser Regierung nahestehenden Kreise billigen offiziell Loucheurs Reise und begründen die Veröffentlichung des „Daily Telegraph“. Die extremen nationalistischen Kreise üben an Loucheur scharfe Kritik. Die Politiker um Clemenceau beobachten Zurückhaltung, bedauern jedoch den Besuch bei Lord George. Die Linke ist damit einverstanden, daß Loucheur die internationale Diskussion über die Entspannungsmöglichkeiten neu belebt hat. Auf alle Fälle ist die Reise Loucheurs, auch wenn ihm eine Abfuhr von England zuteil wurde und die Debatte über sein Programm verstummen sollte, ein Zeichen für die augenblickliche Lage, das alle Kreise des deutschen Volkes veranlassen wird, die betretene Bahn des Widerstandes über alle Hindernisse hinweg zum glücklichen Ende zu gehen.

Unterredung mit Bonar Law.

London, 6. April. Es erregt in hiesigen politischen Kreisen erhebliches Aufsehen, daß der englische Ministerpräsident Bonar Law vorgestern seinen Erholungsurlaub unterbrochen hat, um eine zweitägige Aussprache in einem wenig besuchten kleinen Vorort mit Loucheur zu haben. Politische Persönlichkeiten, die vielfach von französischer Seite zuverlässig informiert werden, behaupten, daß Bonar Law Loucheur folgendes erklärt habe: England werde in der bisherigen Haltung wohlwollende Neutralität wahren, bis es ihm möglich sei, mit Erfolg zu Gunsten eines dauerhaften europäischen Friedens zu intervenieren. England habe seine in Paris gemachten Reparationsvorschläge immer noch aufrecht erhalten, sei aber bereit, Änderungen im Einzelnen in Erwägung zu ziehen. Loucheur soll nach derselben Quelle Bonar Law erklärt haben, er sei nach wie vor Gegner des Ruhrabenteuers, aber da Frankreich einmal einmarschiert sei, könne es den Abzug nur dann antreten, wenn Deutschland ins Gewicht fallende Reparationsgarantien gegeben habe.

Deutschlands berechtigtes Mißtrauen.

London, 6. April. Die Londoner Blätter heben hervor, daß der in der vorgestrigen Berliner Presse veröffentlichte, Loucheur zugeschriebene Reparationsplan in Deutschland ungünstig aufgenommen worden ist und in den meisten Fällen rundweg verworfen wird. Der diplomatische Berichterstatter der „Westminster Gazette“ betont, daß die deutsche Regierung den Argwohn habe, daß die Pläne Loucheurs nichts als eine Falle seien, um das Rheinland unter französischer Kontrolle zu behalten und von einer Neutralisierung oder Internationalisierung der Rheinlande oder von einer Ueberwachung durch den Völkerbund, der als unter französischem Einfluß stehend angesehen werde, nichts wissen wolle. Sie sei jedoch bereit, Garantien dafür zu geben, daß weder die Eisenbahnen, noch die Fabriken für militärische Zwecke gebaut werden, vorausgesetzt, daß Frankreich ähnliche Garantien auf seiner Seite der Grenzen gebe.

Kein neues Reparationsprogramm der deutschen Regierung.

Berlin, 6. April. Ein Freiburger Korrespondent der „Völkischen Nationalzeitung“ will aus zuverlässiger Berliner Quelle erfahren haben, daß die deutsche Regierung binnen kurzem mit einem großzügigen Aktionsplan mit fahrbaren Vorschlägen in der Reparationsfrage vor die politische Welt treten werde. Diese Aktion sei nicht gedacht als ein Anerbieten von Verhandlungen an Frankreich, sie beabsichtige vielmehr, unter grundsätzlicher Wahrung der völlig unabhängigen Stellung Deutschlands, seine Bereitschaft auszudrücken auf einer ernsthaften Grundlage die wirtschaftliche Mitarbeit am Reparationsprogramm anzubieten.

Zu dieser Meldung wird uns von unterrichteter Seite erklärt, daß eine „großzügige Aktion“ für Deutschland in dem hier angebotenen Sinne unmöglich ist, solange dauernd und täglich Riesenwerte durch den Ruhrerubbruch zerstört, die Leistungsfähigkeit des Reiches schnell herabgemindert und die Passivität der deutschen Handelsbilanz durch die Poincaré'sche Politik erhöht wird.

Eine Rede Nighthofens.

Hamburg, 6. April. Die Ruhrbesetzung und ihre politischen Wirkungen behandelte Freiherr v. Nighthofen in einer Rede in Hamburg, indem er u. a. ausführte: Wenn eine von Loucheur in London angestrebte Verständigung zwischen England und Frankreich in der Ruhrgebietsfrage zustande kommen soll, so stehen wir einer völlig veränderten Sachlage gegenüber. Es ist für Frankreich unmöglich, sich als offenkundig Gefährlicher aus dem Ruhrgebiet zurückzuziehen; das wäre für Frankreich ein äußerst gefährlicher Stoß gegen sein Prestige. Es muß also eine Lösung gefunden werden, die das französische Prestige wahrt. Da liegt aber eine Unklarheit in der Politik Cunos vor. Die Reichsregierung denkt sicherlich nicht mehr daran, die Aufnahme von Verhandlungen mit Frankreich von einer vorherigen vollständigen Räumung des Ruhrgebietes abhängig zu machen. Es ist immerhin möglich, daß die Vorschläge Loucheurs in London hinsichtlich des Ruhrgebietes und des Rheinlandes eine Basis für Verhandlungen abgeben könnten. Der Redner besprach

dann diese Vorschläge u. a. auch den einer finanziellen Kontrolle, für das England zweifellos zu haben sein werde und die einerseits für Deutschland beschämend, andererseits aber auch vorteilhaft sein würde, weil sie eine Barriere gegen Rechtsbrüche, ein objektives Institut zur Beurteilung unserer Leistungsfähigkeit und ein Bundesgenosse gegenüber übertriebenen Ansprüchen sein würde. Wir haben mit unserem passiven Widerstand im Ruhrgebiet bisher soviel erreicht, daß die Enttäuschung in Frankreich so groß ist, daß die Franzosen froh sein werden, wenn sie auf anständige Weise wieder herauskommen. Aber zugleich wächst die Gefahr für Frankreich, daß ein Krieg mit Waffen entstehen könnte. Darum sollten wir die alte Politik der wirtschaftlichen Kräftigung Deutschlands wieder aufnehmen, denn die Zeiten der Erfüllungspolitik sind noch nicht vorüber.

Die Amerikaner winken ab.

London, 6. April. Wie der diplomatische Berichterstatter des „Daily Telegraph“ heute hervorhebt, findet der Gedanke der Uebertragung der Alliierten-Schulden an die Vereinigten Staaten von den Schultern Frankreichs und anderer Länder auf die Schultern Deutschlands in amerikanischen Kreisen nicht den geringsten Anklang. Die amerikanischen Botschafter in den größten Hauptstädten hätten in der letzten Zeit den alliierten Ministern und Diplomaten einen deutlichen Wink gegeben, daß Washington eine Geste begrüßen würde, die die Bereitschaft kundgäbe, den Rechten und Erwartungen des amerikanischen Gläubigers eine ernsthafte Ermüdung zu schenken.

Die Londoner Verhandlungen.

Paris, 7. April. Der Londoner Vertreter der Havasagentur hat von Loucheur unmittelbar vor dessen Abreise gestern vormittag folgende Erklärung erhalten: er, Loucheur, lehne es ab irgend etwas mitzuteilen, wie er es auch während seines Aufenthalts in London stets getan habe. Er wolle seine Zeit nicht damit verlieren, all das Falsche richtig zu stellen, das überall in der Presse verbreitet worden sei, und er sei überrascht davon, daß gewisse Auffassungen, die er nicht im entferntesten teile, besprochen würden, als wären es die seinigen. — Havas berichtet über den Aufenthalt Loucheurs noch, er habe jede Angabe über seine Unterredungen mit den englischen Staatsmännern verweigert. Es dürfte jedoch gesagt werden, daß er aus seinen sehr freundschaftlichen Besprechungen in England den Eindruck mit nach Frankreich nahm, daß jenseits des Kanals ein wirklich guter Wille herrsche, zu einem Ausgleich des englischen und französischen Standpunkts zu kommen. Ebenso befriedigend sei der Eindruck hinsichtlich der öffentlichen Meinung in England. (Das ist also jedenfalls das, was man in Frankreich über das Ergebnis des Besuchs zu hören wünscht.)

Es ist trotz der Ablehnungen Loucheurs kein Zweifel darüber mehr möglich, daß der frühere Wiederaufbauminister nicht lediglich eine Vergnügungsreise nach London unternommen hat, sondern mindestens im Einverständnis mit Poincaré handelte. Inwiefern er dabei im Rahmen seines Auftrags blieb, ob er wirklich die Vollmacht hatte, ein vollkommenes Programm vorzulegen oder ob er lediglich sondieren sollte, wie die Stimmung in englischen Regierungskreisen sei, kann dahingestellt bleiben. Die Tatsache allein, daß er nicht nur Bonar Law, sondern auch den Schatzkanzler und den Handelsminister aufsuchte, zeigt jedenfalls, daß mit der Reise Loucheurs der Versuch gemacht worden war, eine englisch-französische Annäherung herbeizuführen. Was darüber in der englischen Presse orakelt wird, ist zum Teil widersprechend, zum Teil vielleicht auch, wie die scharfen Angriffe der Nationalisten in Paris auf Loucheur, bestellte Arbeit. Der Gesamteindruck, den Deutschland von den geheimnisvollen Vorgängen erhält, ist jedenfalls der, daß es in der Tat gelungen ist, die Gegensätze zwischen der englischen und der französischen Auffassung über das Entschädigungsproblem zu vermindern. Wenn wir uns dazu erinnern, daß der englische Vorschlag der seinerzeit in London vorlag, weit über das hinausgeht, was Deutschland erfüllen kann, dann bedeutet eine solche Annäherung für uns nichts gutes, umso mehr, als sich offenbar bei diesem Versuch eines Ausgleichs England dem franz. Standpunkt sehr viel mehr angenähert hat, als umgekehrt. Allerdings handelte es sich bisher wohl nur um allgemeine Richtlinien und es bleibt abzuwarten, ob in England nicht sehr bald ein Rückschlag erfolgt, der von der sehr handgreiflichen Erwägung ausgeht, daß jede Sicherung der französischen Obergrenze den Franzosen die Hände frei macht, um ihre Rüstungen an der Kanalfont zu verdoppeln. Vorläufig müssen wir uns aber daran halten, daß die Londoner Gespräche aus einer Verständigung nicht näher gebracht haben. Das gilt auch für den Fall, daß Herr Loucheur vielleicht ein doppeltes Spiel getrieben hat, indem er nur den offiziellen Schrittmacher Poincarés machte, während er hinten herum sondieren wollte, wie die Ausflüchte für ihn wären, falls er eines Tages die Erbschaft Poincarés übernehmen müßte. Loucheur ist sicherlich Poincaré gegenüber ein Mann der milderen Tonart. Er hat ja auch offen ausgesprochen, daß er den Einmarsch ins Ruhrgebiet nicht gebilligt habe, aber die Ziele die er in London verfolgt, laufen im wesentlichen auf dieselbe brutale Vergewaltigung hinaus, wie sie auch Poincaré will.

Ruhrbesetzung bis zur völligen Bezahlung.

Paris, 8. April. An leitender Stelle kommentiert der Petit Parisien die Reise Loucheurs nach London und wendet sich dabei gegen die ziemlich verbreitete Auffassung, daß diese Reise in Belgien Ueberraschung hervorgerufen habe. Es ist klar, schreibt das Blatt, daß es sich bei der Reise um keinerlei offiziellen Schritt handeln konnte, der zum Ziele haben sollte, die Räumung des Ruhrgebietes vorzubereiten. Um dieser Gefahr,

wie er eine derartige Auslegung der Reise Loucheurs nennt, entgegen zu treten, führt der Temps noch einmal die beiden Hauptbedingungen der französischen Reparationspolitik an. Sie sind folgende: 1. Die französische Regierung bleibt entschlossen die Zahlung der Reparationen in dem Umfang, wie Poincare es vor der Interalliierten Konferenz in London im Dezember vorgeschlagen hat, zu verlangen. Am 9. Dezember hat Poincare daran erinnert, daß Frankreich mehr als 90 Milliarden Franken ausgegeben hat, daß diese Zahl 100 Milliarden am Ende des Jahres überschreiten werde und daß die Ausgaben seitdem natürlich noch angewachsen sind. Am selben Tage hat Poincare weiter erklärt, daß die deutsche Schuld nur durch Kompensationen herabgesetzt werden könnte. Es kann sich nicht darum handeln, Deutschland ein Geschenk zu machen. Wenn eine Einschränkung der Schuld vorgenommen werden sollte, so müßte dies die Folge einer Kompensation sein. 2. Die französischen Truppen werden an der Nahe bis zur völligen Abtragung der Reparationsschuld bleiben. Das ist das Prinzip, das Poincare immer, besonders vor der Kammerkommission für äußere Angelegenheiten, aufgestellt hat. Das Blatt fügt noch hinzu, daß angesichts der zahlreichen Mißverhältnisse, die auf Grund der Reise Loucheurs Platz gegriffen hätten, eine Aussprache zwischen Frankreich und Belgien nicht mehr als je notwendig sei, daß aber Vorschläge, die die Regelung des Konfliktes im Ruhrgebiet herbeiführen könnten, nach wie vor von deutscher Seite ausgehen müssen.

Neue Zwischenfälle.

Die staatliche Schachtanlage Waltrop besetzt. Buer, 7. April. Die staatliche Schachtanlage Waltrop wurde durch ein starkes Truppenaufgebot besetzt. Die Besatzung verlangte die Instandsetzung der Koksverladeanlage, wie man auch hier wie auf den übrigen staatlichen Schachtanlagen die aufgelappten Koksorräte beschlagnahmt hatte und sie abtransportieren wollte. Oberbergrat Stück wurde verhaftet und nach Recklinghausen abgeführt. Ein Maschinenmeister und zwei Kesselheizer, die dem Befehl zur Instandsetzung nicht nachgekommen waren, wurden von der Besatzung festgenommen. Die ganze Belegschaft versammelte sich während dieser Vorgänge auf dem Zedenplatz. Da die Besatzung sich bedroht sah, gab sie mehrere Schüsse ab, die ins Kesselhaus einschlugen, ohne jedoch jemand zu verletzen. Die ganze Arbeiterschaft der Schachtanlage legte unter Protest die Arbeit nieder. Selbst die Notstandsarbeiten werden nicht ausgeführt. Durch die Stilllegung der Anlage ist es u. a. auch unmöglich, die Grube vor der Gefahr des Wassereintruchs zu schützen. Etwa 40 Pferde, die sich in den unterirdischen Gruben befinden, müssen dort zugrunde gehen, wenn ihnen keine Hilfe gebracht werden kann. Als der Betriebsrat wegen des Vorfalls bei der Besatzung vorstellig werden wollte, wurde er mit Verhaftung bedroht, konnte sich aber rechtzeitig in Sicherheit bringen. Augenblicklich ist die Schachtanlage durch ein sehr starkes Truppenaufgebot von der Umwelt abgeschnitten. Auf der Zeche Bergmannsglück haben die Franzosen die Tagesanlagen geräumt, so daß die Notstandsarbeiten wieder ausgeführt werden können. Die Besatzung hat das Koksager und die Koksbalde mit einem hohen Drahtverhau und einer starken Postenkette umgrenzt. Entgegen anderslautenden Meldungen wird festgestellt, daß der Förderbetrieb auf Zeche Bergmannsglück noch ruht, solange die Franzosen nicht die ganze Anlage freigeben.

Furchtbare Kriegsgerichtsurlteile.

Essen, 7. April. Gegen den Bürgermeister von Essen, Schäfer, der am 23. Februar vom französischen Kriegsgericht in Essen zu zwei Jahren Gefängnis und 5 Millionen Mark Geldstrafe wegen Nichtbefolgung eines französischen Requisitionsbefehls verurteilt worden war, fand gestern vor dem französischen Kriegsgericht in Recklinghausen die Berufungsverhandlung statt. Der Anklagevertreter verlangte eine höhere Strafe als die im ersten Urteil erfolgte, während die Verteidiger darauf hinwiesen, daß Schäfer seiner Regierung den Treueid schuldig war und sich selbst entehrt hätte, wenn er sich zur Verfügung der Besatzungsbehörde gestellt hätte. Das Gericht erkannte mit vier gegen eine Stimme auf eine Strafe von drei Jahren Gefängnis und sechs Millionen Mark Geldstrafe. Vier Richter waren Offiziere des aus den Vorgängen in Buer bekannten Alpenjägerregiments. Bonn, 7. April. Das Kriegsgericht in Bonn verurteilte gegen einige Postbeamte und verhängte folgende furchtbare Strafen: Der Präsident der Oberpostdirektion Koblenz, Franz, erhielt fünf Jahre Gefängnis und 5 Millionen Mark Geldstrafe. Telegraphendirektor Moseler in Koblenz 4 Jahre Gefängnis und 5 Millionen Mark Geldstrafe. Postmeister Berke aus

Flammersfeld 3 Jahre Gefängnis und 5 Millionen Mark Geldstrafe. Postamtman Landmann aus Duisburg 5 Jahre Gefängnis und 5 Millionen Mark Geldstrafe. Das Kriegsgericht in Buer verurteilte eine Anzahl Postbeamter zu Gefängnisstrafen von 3 bis 5 Jahren und zu Geldstrafen von 5 Millionen Mark.

Essen, 7. April. Der technische Angestellte Mülheimer von der Bergwerksgesellschaft „Glaum“ wurde vom Kriegsgericht in Werden zu 5 Jahren Gefängnis und 5 Millionen Mark Geldstrafe verurteilt. Ein 17jähriger Drogistenlehrling, bei dem Flugblätter gefunden wurden, erhielt 2 Jahre Gefängnis und 500 000 Mark Geldstrafe.

27 Milliarden Reichsbankgelder beschlagnahmt. Berlin, 7. April. Trozdem auch die Reparationskommission erklärt hat, daß die Reichsbank ein Privatinstitut sei, ist wiederum Reichsbankgeld von den Franzosen beschlagnahmt worden. Im ganzen wurden bis jetzt, wie die Blätter zuverlässig erfahren, 27 Milliarden Reichsbankgelder weggenommen. In Höchst a. M. wurden am 26. 3. 9 445 000 Mark beschlagnahmt. Das Geld sollte von der Reichsstelle Frankfurt a. M. an diejenige in Wiesbaden mit dem Auto geschickt werden. Der Adjutant des französischen Delegierten der Rheinlandkommission Hauptmann Michel hat den drei Vorstandsbeamten der Reichsbankstelle Wiesbaden die wiederholte Zusicherung gegeben, daß er jede Behelligung dieser Transporte verhindern würde, was er auch wiederholt getan hat. Die Beschlagnahme wurde durch einen besonderen Beauftragten des Generals De Metz ausgeführt. De Metz glaubte die Freigabe in Aussicht stellen zu können, wenn ihm glaubwürdig gemacht würde, daß das Geld nicht für Eisenbahnbeamte und Staatsarbeiter bestimmt sei. Schriftlich wurde ihm erklärt, daß die Gelder ausschließlich zur Bezahlung von Löhnen der Industriearbeiter

Rücklings durchbohrten gallische Kugeln westfälische Arbeiter.

Entwaffnet durch Opfermut feige Franzosenhorden!

Der Landbote nimmt Gaben entgegen in seiner Geschäftsstelle und auf Postcheckkonto Karlsruhe Nr. 6903

Unsere Sammlung ergab bis jetzt 2904268 Mark.

Für das Ruhrgebiet sind weiter eingegangen von: Sammlung vom Verein Gemütllichkeit „Edelweiß“ Reichardtshausen 42 611 M., Nachtrag zur Sammlung beim Unterhaltungsabend der Gefangenen in Reibeln 11 250 M.

und für Auflösung von Privatbanken zu Wechselgeschäften dienen sollten. Der General erklärte später, er müsse mit General Degoutte Rücksprache nehmen. Dieser hat nach Besprechung mit Poincare am 3. 4. mitgeteilt, das Geld sei im Schatz Belgiens und Frankreichs niedergelegt worden.

Die Holzbestände in den Häfen von Mannheim und Karlsruhe beschlagnahmt.

Mannheim, 9. April. Am Samstag erschienen französische Beauftragte bei der Hafendirektion Karlsruhe und bei den deutschen Unterdelegierten der internationalen Schiffsahrtskommission in Mannheim und erklärten, daß sämtliche Holzbestände in den Häfen Karlsruhe und Mannheim beschlagnahmt seien.

Technische Spionage bei Benz.

Nachdem, wie gemeldet, am Ostermontag nach der Befehung der Benzwerke ein französischer Zivilist eine große Handelschiffsmaschine aufs genaueste untersuchte und von allen Seiten fotografierte, sind zwei französische Techniker erschienen und haben Teile der Maschine abgegräbt. Messungen vorgenommen usw. Dies geschah, obwohl, laut „Volksstimme“, die Verkleidung den Herren vorhielt, daß nach Mitteilung der Marine-Frie-

denkommision und Interalliierten Friedenskommision der Fabrik bescheinigt worden ist, daß sie sich völlig auf Friedenszwecke umgestellt hat, wie auch bei der Besetzung am Samstag keine U-Bootmaschine vorgefunden worden ist. Demgegenüber wies einer der französischen Sendlinge eine von dem General Degoutte unterzeichnete Sondervollmacht vor. Nach den Begleitumständen des Falls stellt sich das französische Vorgehen demnach so dar: Es wird eine Fabrik unter dem Schlinggrund besetzt und trotz Nachweises der Unhaltbarkeit des Vorwandes weiter abgesperrt gehalten; ein Raum der Fabrik (die Montagewerkstätte der Motoren-Werke) wird besonders scharf bewacht und französische Ingenieure eignen sich unter Ausschluß der Öffentlichkeit darin genaue Kenntnisse von einem Werk deutscher Ingenieure an.

Ein Prozent Reparationskohle. Koblenz, 4. April. Nach einer genauen Aufstellung der zuständigen deutschen Stellen betrug die Ausfuhr an Kohlen und Koks aus dem besetzten Gebiet nach Frankreich und Belgien in der Zeit vom 6. bis 21. März 1923 52 Züge mit insgesamt 479 Waggons Koks und 1025 Waggons Kohlen. Dazu ist zu bemerken, daß die Transporte in den letzten Tagen erheblich abgenommen haben und der größte Teil dieser Ladungen in der ersten Hälfte des Monats März abtransportiert wurde. Die Menge der abtransportierten Kohlen und Koks stellt indessen lediglich ungefähr ein Prozent der früher von Deutschland vertragsmäßig gelieferten Menge dar, da früher durchschnittlich 44 bis 48 Züge zu 50 bis 60 Waggons allein täglich nach Frankreich und Belgien abgerollt sind.

Zwei Kohlenzüge gegenüber 47 täglich! Paris, 7. April. Der Sonderberichterstatter des Echo veröffentlicht folgende Liste über das wirtschaftliche Ergebnis des Ruhrunternehmens bis zum 15. März. Beförderte Kohlenmengen für Frankreich: 31 509 Tonnen, Koks mengen für Frankreich 23 725 Tonnen, beförderte Kohlenmengen für Belgien 13 137 Tonnen, Koks mengen 1465, Kohlen und Koks sendung für Italien 166 000 Tonnen, Kohlenmengen nach Luxemburg 8289 Tonnen, Koks mengen für Holland 88 537 Tonnen, Kohlenmengen nach der Schweiz 24 898 Tonnen. Wir Franzosen haben also, so erklärt der Berichterstatter, während ein und ein halb Monaten täglich zwei Kohlenzüge erhalten, während vor der Besetzung 47 Züge täglich nach Frankreich gingen. Die Ruhrbesetzung hat uns einschließlich Belgien und Luxemburg bisher 78 125 Tonnen Kohlen und Koks eingebracht, während nach Holland, der Schweiz und Italien in der gleichen Zeit 273 435 Tonnen gingen.

Eine Geldbuße von 105 Millionen für Essen.

Essen 7. April. Für die Ermordung des französischen Soldaten Schmidt, der am 18. März in einem Keller des Hauptbahnhofs erschossen worden ist, ist der Stadt Essen eine Geldbuße von 105 Millionen Mark auferlegt worden, die in einer Frist von 10 Tagen zu zahlen ist. Haftbar für den Eingang dieser Geldsumme werden gemacht die Beigeordneten Bode, Küppers und Hiltner. Der Gemeindevorstand hat heute über die Haltung, die die Stadt Essen dieser Anordnung gegenüber einnehmen soll, beraten. Erwartet kann aber werden, daß die Gemeinde die Geldsumme nicht freiwillig zahlen wird, so daß mit einer gewalttätigen Eintreibung dieser Strafe ähnlich wie in Gelsenkirchen zu rechnen ist.

Seit dem 20. Januar 3000 Ausweisungen!

Paris, 7. April. Nach einer Havasmeldung aus Koblenz hat die interalliierte Rheinlandkommission vom 15. März bis 1. April 1476 Ausweisungen angeordnet, von denen 901 auf die französische Zone entfallen. Es seien hauptsächlich Zoll- und Eisenbahnbeamte und die leitenden Persönlichkeiten der nationalen Verbände, namentlich ehemalige Offiziere betroffen worden. Ausgewiesen habe die Kommission seit 20. Januar im ganzen 3000 Personen aus den ihnen unterstellten Gebieten.

Krämergeiß.

Berlin, 5. April. Die Stellung, die das Ausland zu dem blutigen Ereignis der Ostertage in Essen einnimmt, trägt einen erschreckenden Zug an sich. Die vielen Proteste aus aller Welt, die gegen die Vollstreckung des Moskauer Todesurteils sich richteten, sind anzuerkennen, und durchaus zu billigen ist die schroffe Ablehnung, die die Hinrichtung des Prälaten Butkiewicz in der gesamten englischen Presse findet. Umso unbegreiflicher aber mutet es an, daß bisher noch keine Regierung weder der Ententemächte noch der Neutralen, gegen die Mutstaken der französischen Soldateska im Ruhrgebiet energische Worte der Mißbilligung oder gar den Mut zu einem Protest

Schicksalswende. Roman von A. Klinger.

7) Nachdruck verboten. „Ich will mit dem Brummbären schon fertig werden. Sei nur nicht bange! Er wird mich liebgewinnen und Deine Wahl glücklich preisen.“ „Gott gebe es, Almida! Aber sollte es anders werden, so würden wir meinem Elternhause fern bleiben. Dich soll kein unbedachtes oder gar hartes Wort treffen. Du hast nur Liebe und reinsten Frieden kennengelernt und nichts anderes soll in Dein Leben treten!“ „Das war mir aus der Seele gesprochen,“ pflichtete Herr Harnisch bei, „aber nun wollen wir mit Sekt auf Euer Wohl anstoßen geliebte Kinder. Frau von Herbst wird für ein Festmahl sorgen.“ Almida flog den anderen voran die Treppe zur Veranda hinauf. Sie fiel der mütterlichen Freundin um den Hals. „Wünsche mir Glück, Tantchen, ich habe mich verlobt!“ „Endlich! Gott segne Euren Bund, geliebtes Kind — meinen innigen Glückwunsch, Herr Wengdorf. Sie also wollen uns unseren Lieblich entführen? Ich könnte Ihnen böse darum sein, wenn es nicht der Lauf der Welt wäre. Es wird sehr still um uns werden, Herr Harnisch wenn Almi fort ist!“ „Ich mag gar nicht an das Alleinsein denken...“ sagte Herr Harnisch. Almida streichelte sein Gesicht. „Du sollst nicht traurig sein, lieber Vater, wo ich so glücklich bin! Wir werden uns oft sehen. Dann ist die Freude jedesmal um so größer. Und vorläufig bin ich noch bei Dir.“ „Aber ich zähle die Tage, die Stunden!“ rief Hubert. „Ich hole Dich bald, mein Liebling, ich kann ohne Dich nicht mehr sein.“ „Es trifft sich schlecht, daß Sie gerade jetzt fort müssen, Herr Wengdorf,“ sagte Frau von Herbst im Hinausgehen, „telegraphieren Sie doch Ihrem Herrn Vater, daß Sie sich verlobt haben, bitten Sie ihn um einen kurzen Nachurlaub, er müßte ja kein Herz haben, wenn er die Bitte abschlägt!“

Hubert sah seinen Schwiegervater zweifelnd an, der aber nahm den Gedanken der Hausdame eifrig auf. „Das ist eine gute Idee! Setze das Telegramm auf, Hubert, der Diener kann es sofort zur Post bringen.“ Hubert mochte nicht widersprechen, aber er kam diesem Wunsch nur ungern und zögernd nach. Lieber wäre es ihm gewesen, wenn er seinen Vater persönlich von seiner Verlobung hätte in Kenntnis setzen können. Derselbe war sehr zum Widerspruch geneigt und ließ sich von dem, was er einmal beschloßen, nicht gern abbringen. Andererseits war die Aussicht, vielleicht noch ein paar Tage in Almidas Nähe bleiben zu dürfen, sehr verlockend. Schließlich hatte Herr Harnisch recht. Und sein Mutterschen würde ihm eine warme Fürsprecherin sein. Er unterrichtete also in einem ausführlichen Telegramm seine Eltern von seiner Verlobung mit Almida und bat mit herzlichsten, bewegten Worten um den Segen von Vater und Mutter und um die Erlaubnis, noch einige Tage hier bleiben zu dürfen. Als das Telegramm fort war, wurde er sehr zuversichtlich, sogar übermütig. Heimlich bereute er, der Geliebten nicht längst den Verlobungskuß auf die rosigen Lippen gedrückt zu haben. Welch eine köstliche Zeit hätte er dann wohl bereits durchlebt, und es wäre nicht mehr alles in der Schwärze gewesen, vielmehr hätte man jetzt womöglich schon kurz vor der Hochzeit gestanden. Er flüsterte diese Selbstvorwürfe Almida zu, aber sie schüttelte erröthend, mit einem vernehmen Lächeln den Kopf. „Nein, die verfloßene Zeit war so märchenhaft beglückend, daß ich mir Womöglicheres nicht vorzustellen vermag. Diese Erinnerungen, wo kein vertrauliches Wort zwischen uns gesprochen worden war und ich Deine Liebe doch aus jedem Deiner Blicken leuchten sah, das köstliche Gefühl der Zusammengehörigkeit, mich beherrschte, möchte ich nicht missen!“ „Nein, nein, es ist tausendmal schöner, Geliebtes, daß ich Dich küssen, Dir von meiner Liebe sprechen darf. Und noch viel süßer soll es werden, wenn Du erst ganz mein eigen, mein geliebtes, angebetetes Weib bist! Ein langer Brautstand ist etwas so unnatürliches. Wir heiraten bald, recht bald, mein Geliebtes, ja? Bist Du damit einverstanden?“

„Mit allem, was Du willst!“ hauchte Almida. „Du bist mein Glück meine Sonne. Ich möchte mich nie mehr von Dir trennen.“ „Wir werden es auch nicht mehr nötig haben, voneinander-zugehen. Wenn ich nach Hause gehe, nehme ich Dich mit zu meinen Eltern. Dann sehen wir uns bei den Mahlzeiten, und nach Geschäftsschluss sind wir bis zum späten Abend vereint. O, wie soll das herrlich und lieb werden, und wie von Herzen froh wird meine Mutter ihr Töchterchen begrüßen und später bei den Bekannten herumführen! Ich denke mir, in der Stille haben meine Eltern längst gewünscht, daß es so kommen möge.“ „Ist denn Deine liebe Mutter auch so rauh und strenge wie Dein Vater?“ „Aber keine Idee, Almi! Mutterschen war von jeher das vermittelnde Element zwischen Vater und mir. Eine Friedensstifterin könnte man sie nennen. Sie könnte keinem Menschen ein böses Wort sagen. Die Dienstboten vergöttern sie. Nur in einem wünsche ich mir sie anders. Sie läßt sich zu sehr von meinem Vater beherrschen. Sie hat absolut keinen freien Willen. Mir war das oft nahezu unheimlich. Es ist, als hypnotisierte er sie. Mag ihr ein Mensch noch so sympathisch gewesen sein und Vater behauptet, daß er demselben mißtraue, so dauert es nicht lange, und sie ist derselben Überzeugung. Mir hat dieses Umschwanken der Sinnesart meiner Mutter oft viel Spaß gemacht, allerdings zuweilen auch Unbehagen verursacht.“ Die Liebenden waren so eingehend mit sich selbst beschäftigt, daß sie nicht darauf achteten, wie still und ernst Herr Harnisch vor seinem Teller saß, und daß er die erlesenen Speisen kaum anrührte. Frau von Herbst bemerkte recht wohl, daß er anders war als sonst, und wiederholt flog ihr besorgter Blick zu ihm hinüber. Grämte er sich darüber, daß ein anderer Besitz von Almida nahm? Aber nein, das war undenkbar. Herr Harnisch war nicht egoistisch veranlagt, sodann ging ihm das Glück seines Lieblichen über alles. Und es würde sich doch auch erträglich lassen, daß Hubert Wengdorf als Prokurist des Bankhauses Harnisch hier blieb, daß Herr Harnisch seine Kinder täglich sehen und sprechen, an ihrem jungen Glück teilnehmen konnte.

gefunden hat. England billigt durch sein Schweigen das Treiben der Franzosen im Ruhrgebiet. Deutschland steht allein und es ist auch keine Aussicht vorhanden, daß sich die Welt in Bälde von dieser Politik des Unrechts abwendet. Wie sollte es auch anders sein, wenn man sieht, wie große Mächte der guten Konjunktur, die das Ruhrunternehmen für sie bedeutet, eine recht lange Dauer wünschen! England macht sein Bombengeschäft in Kohlen lieber Jahre als nur Monate lang. Der amerikanische Staatssekretär für den Handel, Hoover, erklärte, daß das Vorgehen der Franzosen im Ruhrgebiet den amerikanischen Handel nicht schädige, im Gegenteil ihn fördere. Die Metallindustrie ziehe den größten Nutzen daraus; andere Industrien würden dadurch von der lästigen Konkurrenz befreit und auch die Landwirtschaft mache dabei ein gutes Geschäft. Der Krämergeist offenbart sich allein in der Sorge, wie Deutschland die 2 Mill. Tonnen bezahlen kann, die es zu seiner Ernährung einführen muß. Aus diesem offenen Eingeständnis heraus versteht man, daß keine Macht der Welt gegen Frankreichs Vertragsbruch und gegen das Morden und Rauben im Ruhrgebiet Protest erhebt. Sie haben ja nur Freude daran, daß ein guter Absatz verschafft und lästige Konkurrenz beseitigt wird. Der Krämergeist trägt den Sieg über den Geist der Menschlichkeit davon.

Französische Unverschämtheit.

Essen, 6. April. Der Kommandant von Essen, General Jacquemot, hat auf das Protestschreiben der Essener Stadtverwaltung, worin die Stadt strengste Anzerkennung des Vorfalles und Bestrafung der Schuldigen gefordert hatte, an den Vertreter des Oberbürgermeisters folgende hanebüchene Antwort gerichtet: „Herr Bürgermeister! In Beantwortung Ihres Briefes vom 2. April beehre ich mich, Ihnen davon Kenntnis zu geben, daß die angeforderte Untersuchung den Beweis gebracht hat, daß Ihre Auskünfte irrig waren oder daß die Tatsachen mit Willen entstellt worden sind. Die ganze Verantwortung fällt auf die Direktoren der Kruppischen Fabrik. Die Strafmaßnahmen, die Sie fordern, sind also schon im Gange, da ja eine gewisse Anzahl dieser Direktoren verhaftet worden ist. Ich widerehe mich daher der öffentlichen Bestätigung der am 31. März gefallenen Arbeiter nicht, unter der Bedingung, daß die Ordnung nicht gestört wird, denn ich bin der Meinung, daß diese Zwischenfälle nicht durch die Arbeiter selbst, sondern durch die Vertreter des Kapitalismus, welche sie gegen die französischen Soldaten aufgehetzt haben, verursacht worden sind. Sie werden für die Aufrechterhaltung der öffentlichen Ordnung persönlich verantwortlich gemacht. Sie wollen mir bitte ferner vorher den Weg des Leichenbegängnisses bekannt geben.“

Die deutsche Protestnote.

Paris, 5. April. Die Protestnote der Reichsregierung gegen die Bluttat von Essen ist gestern Abend noch im Quai d'Orsay übergeben worden. Ob eine Antwort der französischen Regierung erfolgen wird, ist noch zweifelhaft. Seit einigen Wochen nimmt der Ministerpräsident Poincaré die deutschen Proteste einfach zur Kenntnis, ohne deren Empfang zu bestätigen oder gar auf den Inhalt einzugehen. Nur die Presse erhält Richtlinien zu Glossierungen. Es kann kein Zweifel darüber bestehen, daß die bisherigen französischen Schilderungen der Ereignisse auch in Frankreich nicht vollkommen befriedigt haben. Alle Darstellungen, welche das Vorgehen der französischen Soldaten entschuldigen sollen, sind amüsliche Diktate.

Trauerfeier im Reichstag.

Berlin, 7. April. Im Reichstag wird am Dienstag zur gleichen Stunde der Beisetzung der Opfer des Blutbades in der Kruppischen Fabrik von Essen eine große Trauerfeier abgehalten werden, an der Reichspräsident Ebert, die Mitglieder der Reichsregierung und Vertreter der Landesregierungen teilnehmen werden. Reichskanzler Cuno wird die Trauerrede halten. Der Beginn der Sitzung ist auf 10 Uhr festgesetzt.

Frig Thyssen beim Abgesandten des Papstes.

Essen, 7. April. Der päpstliche Abgesandte Monsignore Testa hat heute Vormittag Frig Thyssen empfangen. Nachmittags hat der französische Arzambischof Testa einen Besuch abgestattet.

Die geschlossene Front der Eisenbahner. Vierzig Vertreter!

Frankfurt a. M., 5. April. Der „Frankfurter Zeitung“ zufolge kommen aus allen Teilen der besetzten Rheinlande Meldungen, wonach die Eisenbahner die Aufforderung der Franzosen, die Arbeit bei Strafe der Ausweisung sofort wieder aufzunehmen, ablehnen. Eine Ausnahme hat sich nur in Karlsruhe ereignet, wo ungefähr vierzig Deutsche und Oesterreicher — offenbar keine Eisenbahner — in den französischen Eisenbahndienst eingetreten sind. Sie arbeiten unter der Leitung des am 13. Oktober 1896 in Berlin geborenen früheren Kaufmanns Frig Lillenthal. Als Werber für französische Dienste tritt der frühere Posthilfschef Heinrich Helpke, geboren am 14. Januar 1902 in Linden auf.

Zum weiteren Widerstand entschlossen!

Dortmund, 7. April. In Dortmund tagte am Freitag eine Konferenz der freigewerkschaftlichen organisierten Arbeiter, Angestellten und Beamten der besetzten Gebiete. In einer einstimmig angenommenen Entschließung wird betont, daß die freien Gewerkschaften des Ruhrgebietes nach wie vor auf dem Standpunkt stehen, daß der Einbruch des französischen und belgischen Militarismus ins Ruhrgebiet mit allen zur Verfügung stehenden Mitteln des passiven Widerstandes abgewehrt werden müsse. Gewalttätige Zusammenstöße müßten durch das besonnene Verhalten der Arbeiterschaft vermieden werden. Im Vordergrund aller Verhandlungen müsse die Räumung des Ruhrgebietes stehen.

Noch eine sozialistische Entschlieung gegen den Ruhr einbruch.

Wien, 7. April. Die Internationale Sozialistenkonferenz in Bregenz nahm folgende Entschlieung über die Ruhrfrage an: Das Exekutivkomitee des Internationalen Sozialistenkongresses ist tief erschüttert von den blutigen Ereignissen, die sich in Essen zugetragen haben. Ohne auf Einzelheiten der Entstehung des Konfliktes einzugehen, verurteilt es aufs neue die Anwendung von Methoden der Gewalt, die wie die sozialistischen Arbeiterorganisationen stets erklärt haben, sich notwendig zu Katastrophen steigern und die Lösung des Reparationsproblems, die Wiederherstellung des Friedens und der Wohlfahrt in Europa, erschweren und unmöglich machen.

Die angeblichen Grausamkeiten deutscher U-Boot-Kommandanten.

Eine gründliche Widerlegung.

Newyork, 6. April. Der frühere Admiral Sims erklärte nach einer Meldung der Newyork Tribune im Citrusklub von Los Angeles am 3. April, es sei kein authentischer Bericht vorhanden über die Grausamkeiten, die von Kommandanten oder von der Besatzung deutscher U-Boote verübt worden waren. Die Presse-

berichte über die furchtbaren Grausamkeiten dienten nur der Propaganda. Die britischen und die amerikanischen Marineberichte seien voll von Meldungen, aus denen hervorgehe, daß die Kommandanten deutscher U-Boote sich bei der Rettung der Besatzung und der Passagiere der von ihnen versenkten Schiffe hilfreich betätigten. Wenn sie nicht im Stande waren, die Schiffe in Sicherheit zu bringen, hätten sie stets versucht, durch Funkpruch andere Schiffe über die Lage des beschädigten feindlichen Schiffes zu unterrichten. — Nach einer Washingtoner Meldung der gleichen Zeitung hat es das Marineamt abgelehnt, ein direktes Dementi dieser Aussagen erregenden Meldung zu veröffentlichen.

Französische Kulturpropaganda in Rumänien.

Wie wir hören, vergißt Frankreich über seinen Plänen an Rhein und Ruhr nicht, nach bewährtem Muster seine Stellung u. a. auch im südöstlichen Europa weiter zu befestigen. Nach bewährtem Muster insofern, als die gemeinsame „lateinische“ Abstammung in Rumänien herhalten muß. Aus Bukarest wird uns nämlich berichtet, daß der Universitätsprofessor Jorga, ein bekannter Franzosenfreund, dem übrigens Paris auch die Gründung einer rumänischen Schule zu verdanken hat, kürzlich in Bukarest eine Gründungsversammlung anberaumt hat, um eine Gesellschaft „lateinische Zusammenarbeit“ ins Leben zu rufen. In einem diesbezüglichen Aufruf verkündet Professor Jorga, „die materielle und moralische Unterstützung seitens des französischen Volkes ist uns zugesichert worden“ — es fällt allerdings auf, wenn ein vorzüglicher Jurist bemerkt: Gleiches werde auch von Italien und den anderen romanischen Ländern erwartet. „Nicht uninteressant ist die Begründung insofern, als ausdrücklich auf die „feste Gefahr einer deutschen Durchdringung Rumäniens“ hingewiesen wird und das, obwohl Prof. Jorga sowie anderen Leuten sicherlich sehr gut bekannt ist, welche Kämpfe z. B. um das deutsche Theater in Bukarest geführt werden, wie man sich dort angelegen sein läßt, das deutsche Volks- und Hochschulleben zu zerkleinern, wie man die Siebenbürger Sachsen weiterhin durch die sog. „Bodenreform“ zu dezimieren sucht! Demgegenüber halte man das Mäßen der französisch-rumänischen Kulturpropaganda, wobei man eine Frage aufwerfen muß: wie es kommt, daß dasselbe Frankreich, das angeblich am Hungernde nagt, dennoch niemals um Geldmittel verlegen ist, wenn es sich um die französische „Kulturpropaganda“ handelt.

Wo bleibt die deutsche Kulturpropaganda. . . ?

Was geht in Rumänien vor? Aus Rumänien, das seinen harten Verfassungskampf noch nicht abgeschlossen zu haben scheint, kamen in den letzten Tagen Revolutionsgerüchte aller Art. Ein z. B. in Pest weilender hoher rumänischer Beamter erklärt diese Gerüchte für unrichtig. Tatsache sei aber, daß die Frage der Verfassungsreform einen heftigen Kampf zwischen der Opposition und der Regierung hervorgerufen habe. Die Lage in Bukarest sei keineswegs so harmlos wie sie halbamtliche Blätter darstellen. Am letzten Montag fanden in Bukarest tatsächlich große Kundgebungen statt, die durch Militär unterdrückt wurden. Die Lage sei unklar. Die Regierung Bratianu und die Opposition, in der auch die rumänische Bevölkerung der neu annektierten Gebiete eine Rolle spielt, stehen sich im Kampf gegenüber, einem Kampf, dessen weitere Gestaltung sich noch nicht übersehen lasse.

Groteske Verfassungskämpfe in Rumänien.

Mit Dampfkrigen, Militärmusik und Stinkbomben. Berlin, 4. April. Der Bukarester Berichterstatter der Botschaften Zeitung gibt eine anschauliche Schilderung der bisweilen geradezu grotesken Kämpfe der Regierung und der Opposition um die neue rumänische Verfassung die vor einigen Tagen in der Kammer angenommen wurde. Das Klubgebäude der Opposition war Tag und Nacht militärisch abgesperrt. Trotzdem kam es zu wiederholten Zusammenstößen. Eines Tages verammelten sich die führenden Mitglieder der vereinigten Oppositionsparteien auf dem Balkon des Klubs und manifestierten gegen die „Ratten“, welchen Spitznamen die Brüder Bratianu, der Ministerpräsident und der Finanzminister, tragen. Darauf erschienen gegen 11 Uhr nachts Feuerwehrlente mit einer Dampfprize und einer Autogiftherne, die 10 000 Liter faßte. Gleichzeitig fuhr ein General vor, der mit den Oppositionsführern Verhandlungen zur Einstellung der Manifestation führte. Da die Verhandlungen ohne Ergebnis verliefen, erteilte der General der Feuerwehr den Befehl, die Dampfprize in Tätigkeit zu setzen. Aus mehreren Schläuchen ergoß sich nun das Wasser auf die auf dem Balkon stehenden Abgeordneten. Die Glascheiben der Balkontür wurden durchgeschlagen und das Klublokal unter Wasser gesetzt. Die Abgeordneten aber hielten unter Gumminänteln und Regenhüten unentwegt auf dem Balkon aus. Schließlich mußte die Feuerwehr, nachdem der ganze Inhalt der Zisterne verpritzt war, unverrichteter Dinge wieder abziehen. Zu den Mitteln, die die Regierung anwendete, um die oppositionellen Redner vor der Menge unverständlich zu machen, gehörte auch das Spielen von Militärmusik, wobei im Lärm der Trommeln und Trompeten die Worte der Redner ungehört verhallen mußten. Während der Sitzung am 20. März warf ein oppositioneller Deputierter, ein Geistlicher, zwei Stinkbomben von sehr großer Intensität in den Saal. Die Sitzung mußte, nachdem mehrere Abgeordnete infolge des furchterlichen Geruchs in Ohnmacht gefallen waren, unterbrochen werden. Erst nach geraumer Zeit konnte die Sitzung wieder aufgenommen werden.

Polnische Grenzverletzung an der Weichsel.

Da die in der deutschen Weichselniederung in Kurzbrack liegenden im Februar an die Polen abgetretenen Weichselufer wurden dieser Tage von polnischen Familien bezogen. Ohne Genehmigung der deutschen Regierung schleppten die Polen ihre Möbel, Vieh und weitere Habseligkeiten durch deutsches Gebiet. Da ihre Frechheit ging so weit, daß, als ihrem Treiben von deutschen Posten Einhalt geboten wurde, sie mit Gewaltmaßnahmen an anderen Teilen der Weichselniederung drohten. (Sperrung von verträglich gemeinschaftlich benutzten Wegen.) Die über das unredliche polnische Vorgehen empörte Bevölkerung schreit nach ihrem Recht.

Irische Frauen.

Da wie aus englischen Zeitungen hervorgeht sind in letzter Zeit verschiedene junge Mädchen verhaftet worden, weil sie Waffen trugen. Es soll sich hier um ein System handeln, da das Waffen tragen Männern in Irland auf Todesstrafe verboten ist. So tragen die Frauen die Waffen, die sie erst im Augenblick des Kampfes den Männern aushändigen.

Englische Erregung über Frankreichs Stollenpläne.

London, 6. April. Die Presse beschäftigt sich in längeren Ausführungen mit der letzten Rede des französischen Marineministers. „Daily Chronicle“ wirft die Frage auf, ob diese Rüstungen am Ende auch mit der angeblichen deutschen Gefahr begründet werden könnten. „Daily Chronicle“ wie auch „Westminster Gazette“ geben u. verfechten, daß die französischen Rüstungen zu Wasser und in der Luft nur gegen England gerichtet sein könnten.

Rücktritt des Ministeriums Branting in Schweden.

Das schwedische Ministerium Branting, das seit Oktober 1921 im Amt ist, ist zurückgetreten, da die 1. Kammer Nichtstimm für

Arbeitslosenfragen, deren Annahme der Sozialist Branting zur Vertrauensfrage gemacht hatte, abgelehnt hat. Der König, der zur Zeit in Nizza weilt, wurde verständigt; auf Eruchen des Kronprinzen als einseitigem Regenten führt das Kabinett die Geschäfte vorläufig weiter. Man erwartet, daß nun Konservative und Liberale zusammen eine bürgerliche Regierung zu bilden versuchen. An dem Ergebnis der Abstimmung war wohl auch das große Mißtrauen gegenüber der französisch gerichteten Außenpolitik Brantings mit schuld, womit er sich in Gegensatz zu dem weitaus überwiegenden Teil der öffentlichen Meinung gestellt hat.

Cuno über die deutsch-italienischen Beziehungen.

Rom, 8. April. Dem Vertreter des Giornale d'Italia erklärte der Reichskanzler Dr. Cuno zur Lage im Ruhrgebiet: Es sei bei dem offensichtlich politischen Charakter der Besetzung die höchste Pflicht der deutschen Regierung, die passive Resistenz der Bewohner des Ruhrgebietes zu unterstützen. Mit Vergnügen habe er von der Haltung der italienischen Presse Kenntnis genommen, die den Widerstand der Bevölkerung des Ruhrgebietes würdige. Italien, das in seiner Geschichte wiederholt den Beweis patriotischen Empfindens erbracht habe, sei heute von einem Staatsmann geleitet, der das beste Beispiel reiner Vaterlandsliebe biete, sich auf dem schnellsten Wege die Liebe des Volkes erworben habe und die Nation einer großen Zukunft entgegenführe. Mussolini habe begriffen, daß die Ausnutzung des Ruhrgebietes durch Zwang unmöglich sei. Die italienischen Zeitungen hätten unterstrichen, daß eine französische Hegemonie in Europa auch Italien schädigen würde. Deutschland beabsichtige, das Kohlenquantum, das Italien zu erhalten habe, sicherzustellen, um Italien einen Beweis deutscher Sympathie zu erbringen, die auf alten freundschaftlichen Beziehungen beruhe, welche der Krieg nicht zu zerstören vermochte.

Wiederherstellung des Reichskanzlers.

Berlin, 6. April. Der Reichskanzler ist von seiner Erkrankung gänzlich wiederhergestellt und hat die Geschäfte in vollem Umfange übernommen.

Die deutsche Auswanderung.

Im Jahre 1922 sind über deutsche und fremde Häfen 36 527 Deutsche ausgewandert, gegen 23 254 im Jahre 1921 und 25 843 im Jahre 1913. Die Auswanderung hat namentlich im zweiten Halbjahr 1922 zugenommen und im November ihren Höhepunkt erreicht. Von den über deutsche Häfen Ausgewanderten standen 50 v. H. im Alter von 17 bis 30 Jahren; 24 717 waren ledig, 11 170 verheiratet. Die größte Zahl von Auswanderern stellte Industrie und Bauwesen, dann folgt die Landwirtschaft, Handel usw. Der Zahl der Bevölkerung nach stellten die meisten Auswanderer Hamburg und Bremen, dann Posen, Westpreußen, Württemberg, Schleswig-Holstein, Hannover, Baden, Berlin. 67,3 v. H. der Auswanderer gab als Reiseziel Nordamerika an, 14,4 v. H. gingen nach Brasilien, 13,7 v. H. nach Argentinien, nur 1,7 v. H. nach Afrika und gar nur 15 Personen nach Asien. Australien blieb auch im letzten Jahr der deutschen Einwanderung verschlossen.

Der Raub deutschen Ausstellungsgutes in Lyon.

Frankfurt a. M., 6. April. Nach einer Veröffentlichung in der Pariser Tageszeitung „L'oeuvre“ hat die Versteigerung der deutschen Ausstellungsgüter von der Lyoner Städtebau-Ausstellung aus dem Jahre 1914, unter denen sich auch einige Gegenstände des hiesigen Goethemuseums befinden, begonnen. Alle Bemühungen, die maßgebenden Stellen umzustimmen, sind erfolglos geblieben. Die französische Regierung hat inzwischen auch nach Berlin mitgeteilt, daß sie nicht in der Lage sei, die Versteigerung der Gegenstände länger aufzuhalten, daß sie aber die Goethedokumente und das Modell des Schönen Brunnens in Nürnberg vorläufig zurückgestellt habe. Wie das Blatt bemerkt, scheint im übrigen der Erlös aus dem Verkauf einiger Kunstgegenstände erheblich hinter den Erwartungen zurückgeblieben zu sein.

Bayrische Minister im Flugzeug nach Wien.

München, 7. April. Gestern früh halb sieben Uhr sind der bayerische Ministerpräsident Dr. v. Knilling, der Handelsminister v. Meinel und der Finanzminister Dr. Kraußneck, sowie der Geheime Baurat Oskar v. Müller im Flugzeug nach Wien abgeflogen. Dort sollen Verhandlungen wegen der Einrichtung der großen Luftverkehrslinie von Südrankreich über die Schweiz—München—Wien nach dem Balkan gepflogen werden. Die Rückkehr der Minister nach München sollte auf dem Luftwege bereits gestern nachmittag erfolgen.

Die bayrischen Deutschnationalen.

München, 5. April. Auf dem Parteitag der Bayerischen Mittelpartei in Augsburg erklärte der Parteivorstand Hilpert, die Frage nach dem Staatspräsidenten dürfe nicht mehr zur Ruhe kommen. Hierauf erklärte Professor Dr. Brunstäd, es gebe nur ein Mittel gegen Parteiherrschaft, das sei die Erneuerung des deutschen Kaiserthums. Die deutsche Auffassung vom Besten sei am höchsten im Königtum verkörpert. Es wurde hierauf eine Entschlieung angenommen, die ausdrückt, daß von Verhandlungen keine Rede sein dürfe, bevor nicht das überfallene Ruhrgebiet vorbehaltlos geräumt, die Morde gestraft und die Märtyrer der deutschen Sache freigegeben worden seien. Die Maßnahmen, die die einzelnen deutschen Regierungen namentlich der preussische Minister Severing getroffen haben, müßten die Entfaltung des Schicksalskampfes im deutschen Volke gefährden. Dem Vernichtungswillen des Erbfeindes müsse nationaler Lebenswille und völkische Würde entgegengesetzt werden.

Gehälter und Löhne.

Berlin, 6. April. Nach den Verhandlungen über die Regelung der Aprilgehälter und Aprillöhne für die öffentlichen Beamten und Angestellten die in den nächsten Tagen stattfinden, werden Mitte des Monats die Spitzengewerkschaften mit den Spitzverbänden der Industrie in Verhandlungen über die Frage der Lohnstabilisierung eingetreten. Mit der Lohnfrage soll auch das Problem der Betriebsstillelegung und der Arbeitsstreckung erörtert werden, das durch die ungünstige Gestaltung des industriellen Abzuges dringlich geworden ist.

Gedächtnisfeier im Bismarck-Mausoleum.

Berlin, 4. April. Am Ostermontag veranstaltete die Deutsche Volkspartei im Mausoleum zu Friedrichsruhe eine Gedächtnisfeier. Dabei verglich der Redner, ein Hamburger Pastor, Bismarck mit anderen großen Deutschen, mit Luther, Leibniz, Goethe und Kant. Mit Recht richtete er an die Volksgenossen der Gegenwart die Mahnung, sich als die geistigen Erben dieser großen Männer zu fühlen und dafür zu sorgen, daß der Führerglaube das Führerrecht und die Führerpflicht des Volkes erhalten bleiben. Gerade in unseren Tagen des wirtschaftlichen Materialismus tut es bitter not, darauf hinzuweisen, daß der Geist es ist, der nicht nur den Körper des einzelnen, sondern auch den Volkskörper als solchen baut. In deiner Brust find meines Schicksals Sterne! Dieser Mahnung muß das deutsche Volk eingedenk sein, wenn es über die inneren und äußeren Nöte der Gegenwart hinwegkommen will und aus diesem Idealismus

wird uns auch die Kraft kommen, nicht nur alle Drangsal zu überwinden, die von Paris aus über Deutschland verhängt werden, sondern es wird uns auch aus solcher Weltanschauung die Stärke zuschießen, nicht kleinmütig zu werden, wenn wir sehen, daß noch immer im Ausland die deutschfeindliche Verleumdung am Werk ist.

Hochverräterische Fälscher.

Kassel, 6. April. Kurz vor den Feiertagen wurden in Kassel mehrere Personen von der Kriminalpolizei festgenommen, weil sie dem französischen Spionagebureau in Düsseldorf Nachrichten über angebliche rechtsradikale Organisationen und Verbände in Deutschland überbracht hatten. Diese Nachrichten hatte das Haupt der Gesellschaft, ein gewisser 23jähriger Kaufmann Hans Heinrich Brüning, der unter dem falschen Namen eines Dr. Börner seit längerer Zeit in Wilhelmshausen bei Kassel wohnte, nach dem Muster des Berliner Fälschers Paul Anspach frei erdichtet. Aus den zahlreich aufgefundenen Schriftstücken, die außerordentlich geschickt gefälscht sind, geht hervor, daß Brüning nicht nur die Meldungen erfunden, sondern auch den von ihm erfundenen angeblichen Geheimbünden gefährlich klingende Namen gab. Seine angeblichen Meldungen, die sich auf die Vorbereitungen eines Rechtsputschs bezogen, kamen aus München, Hamburg, Hannover und Berlin. Das den Franzosen in die Hände gespielte Material war geeignet, bei diesen den Eindruck zu erwecken, als ob in Deutschland eifrig gegen Frankreich gerüstet würde und Waffen in großer Zahl vorhanden seien. Bei Brüning wurden etwa 40 falsche Stempel vorgefunden, die er für die Fälschungen benützte. Brüning war bis vor kurzem Mitarbeiter der in Hannover erscheinenden deutsch-völkischen Zeitschrift Der Sturm, dessen Geschäftsstelle Kassel er leitete. In dieser Stellung hatte er naturgemäß Zutritt zu zahlreichen rechtspolitischen Kreisen. Neben der politischen betrieb er auch militärische Spionage. Mit Brüning wurde noch die 22jährige Elli Hagemann und der 21jährige Fritz Wasmuth aus Kassel, sowie der 31jährige Franz Wanderer aus Hannover-Minden verhaftet.

Generalfstreik in Memel.

Memel, 6. April. Die Gewerkschaften haben heute Mittag den Generalfstreik proklamiert. Damit ist die in der Bevölkerung herrschende Unzufriedenheit mit den wirtschaftlichen und politischen Verhältnissen, wie sie sich seit der Besitzergreifung des Memelgebietes durch die Litauer herausgebildet haben, offen zum Ausdruck gekommen. Unter Leitung des Gewerkschaftskartells hatte am Mittwoch im Gewerkschaftshaus eine Versammlung stattgefunden, in der eine Reihe von Forderungen aufgestellt wurde, die gestern dem litauischen Oberkommissar überreicht wurden. In diesen Forderungen wurde u. a. verlangt, daß keine Personen ausgewiesen werden, die Memelländer sind, daß die Versammlungs- und Pressefreiheit in vollem Umfang wieder hergestellt wird, daß die Lebenshaltung und die Pachtgebühren verbilligt werden und daß schließlich Antworten auf Eingaben an die Behörden in der Sprache der Eingaben erfolgen. Die von dem Vertreter des litauischen Oberkommissars erteilte Antwort auf die Forderungen befriedigte die Gewerkschaften nicht, und es wurde beschlossen, in den Betrieben eine Abstimmung vorzunehmen zu lassen. Das Ergebnis der heutigen Abstimmung war, daß die Betriebe sich für Ablehnung der Antwort aussprachen. Daraufhin verkündeten die Gewerkschaften den Generalfstreik.

Baden.

Die badische Landesindexziffer.

betragt nach dem Stand vom 21. März 260 467, d. h. die Feuerung der Lebenshaltungskosten ist auf das 260,4fache gegenüber dem Frieden gestiegen. Gegenüber dem letzten Stichtag (7. März) ist eine Zunahme der Indexziffer um 1211 Punkte d. s. 0,5 Prozent, festzustellen. Der Preisrückgang macht sich hauptsächlich bei den Auslandswaren bemerkbar. Der Aufwand für die reinen Ernährungskosten hat sich dadurch zwar vermindert, wird aber durch die weiter im Preise gestiegenen Kosten der allgemeinen Lebenshaltung für Heizung, Beleuchtung und Wohnung wieder ausgeglichen.

Aus Nah und Fern.

* Sinsheim, 9. April. (Weißer Sonntag.) Gestern war der Sonntag im Jahre, an dem die Erstkommunikanten der katholischen Kirche ihren Fest- und Freudentag haben. Zum erstenmale traten 11 Mädchen und 21 Knaben an den Tisch des Herrn. In weißen Kleidern die Mädchen, die Knaben mit dem Mützensträußchen, so zogen die Kinder mit den blumengeschmückten Kerzen durch die Straßen nach dem Gotteshaus. Ein neues Geschlecht sucht den alten Führer. Er gibt ihm den Wanderstab und himmlisches Brot für die weite Reise. Möge den Kindern der Tag zum Segen auf ihrem neuen Lebenspfade werden.

(Sinsheim, 8. April. (Flüchtlingsfürsorge.) Mit der Fürsorge für Flüchtlinge aus den besetzten und Einbruchgebieten, die nicht Beamte, Angestellte und Arbeiter des Reichs, der Länder, der Gemeinden und Gemeindevorstände und sonstigen Körperschaften des öffentlichen Rechts sowie Geistliche sind, ist das Deutsche Rote Kreuz in Baden, der Badische Landesverein vom Roten Kreuz, Karlsruhe, Stefanienstraße 74, betraut worden. Flüchtlinge, die sich etwa bei den Bezirksämtern oder Bürgermeistern zwecks Unterbringung melden sollten, sind an den nächsten Zweigverein des badischen Frauenvereins oder Männerhilfsvereins (bezw. Sanitätskolonne) zu verweisen, die vom Landesverein des Roten Kreuzes mit entsprechenden Weisungen unmittelbar versehen werden. Die Weisungen werden den Bezirksämtern vom Landesverein des Roten Kreuzes in den nächsten Tagen unmittelbar zur Kenntnisnahme mitgeteilt werden.

* Sinsheim, 8. April. (Zur Berufswahl.) In diesem Jahre ist die Sorge der Eltern um die Berufswahl ihrer Kinder größer als je. Wochen- und monatelange Bemühungen um eine gute Lehrstelle sind oft erfolglos geblieben. In letzter Stunde, kurz vor der Schulentlassung, wird dann noch der kaufmännische Beruf gewählt, weil man der Ansicht ist, daß die Kinder darin am leichtesten ihr Fortkommen finden. Dabei wird oft übersehen, daß gerade im kaufmännischen Beruf nur die Starken und Tüchtigen einmal emporsteigen können. Heute gilt es mehr als je, den rechten Augenblick mit kundigem Blick zu erfassen, schnelle Entscheidungen zu treffen, sich den wirtschaftlichen Verhältnissen anzupassen. Nicht nur Fachkenntnisse sind hier vonnöten, sondern vor allem eine gute Allgemeinbildung. Das sollte bei der Berufswahl mit berücksichtigt werden. Nur aufgeweckte und fleißige Schüler, die das Lehrjahr in der Schule erreicht haben, werden im Beruf vorwärts kommen. Dabei werden sie aber neben der eigentlichen Lehre noch alle Gelegenheiten zur Fortbildung benutzen müssen, die in den Fortbildungsschulen und Handwerkschulen gegeben sind. Die Hauptsache ist aber die Auswahl einer guten Lehrstelle und der Abschluß eines geeigneten Lehrvertrages.

* Sinsheim, 8. April. (Schulgeld an den höheren Lehranstalten.) Aufgrund der Verordnung des Ministers des Kultus und Unterrichts vom 20. März 1923, wird das Schul-

geld für das erste Drittel des Schuljahres 1923/24 für sämtliche Klassen der Realschulen und Höheren Mädchenschulen auf 5000 Mark festgesetzt.

* Sinsheim, 8. April. (Falsche Reichsbanknoten zu 50 000 Mark.) Von den in Schwarzdruck ausgeführten Reichsbanknoten zu 50 000 Mark mit dem Datum des 19. 11. 22 ist eine Fälschung aufgetaucht, bei der das bei echten Noten auf der rechten Seite in das Papier eingeformte Wasserzeichen — Eigenlaub und Kreuzdorn darstellend — fehlt oder mangelhaft nachgebildet und in der Durchsicht nicht oder nur schwach zu sehen ist. Die orangefarbenen, bei echten Noten in das Papier eingebetteten Fasern, sind durch ähnlich geönte Druckstriche, die sich mit einer Nadel vom Papier nicht abheben lassen, vorgetäuscht. Vor Annahme dieser Nachahmung wird gewarnt und für die Prüfung empfohlen, sich die Beschaffenheit der echten Noten genau einzuprägen. Für die Aufdeckung von Fälschmünzwerkstätten und dahin führende Angaben zahlt die Reichsbank nach wie vor hohe Belohnungen.

Δ Hoffenheim, 8. April. (Gegen die Strompreisfestsetzung des Badenwerks.) Eine große Versammlung von Stromabnehmern der Gemeinde Hoffenheim tagte heute Abend im Kathausaal, um gegen die ungeheuren Strompreise des Badenwerks Stellung zu nehmen. Allgemein spricht man von einem Preisabbau und verlangt auch einen solchen seitens der Staatsbehörden; umso merkwürdiger mutet es an, daß durchweg staatliche Anstalten gerade das Gegenteil fertig bringen. Die Gesamtforderung für Januar-Februar für die Hoffenheimer Einwohnerzahl, von der noch nicht einmal alle angeschloffen ist, beträgt über 11 Millionen Mark, das ist das etwa 6fache des November-Dezemberbetrags. Allgemein wurde die Ansicht laut, daß dieser Betrag nicht bezahlt werden kann und daß hier eine Ausbeutung der Stromabnehmer in kraffer Form vorliegt, mit der sich das Bürgergericht unbedingt befassen sollte. Wird doch z. B. an Zählermiete für einen gewöhnlichen Zähler, der einen Anschaffungswert von etwa 300 Mark hatte, für die beiden Monate ein Betrag bis zu 10 880 Mk., d. i. das 36fache des Anschaffungswertes verlangt. Die Strompreisberechnung erfolgt, obwohl das Badenwerk fast ausschließlich Wasserkraft benützt, nach dem Kohlenpreis, durchschnittlich 1700 Mark die Kilowattstunde, mozu noch der vielangefochtene Grundgebührentarif und die Zählermiete kommt, so daß letzten Endes ein Preis bis zu 2500 Mk. und mehr auf die Kilowattstunde sich erreichen läßt. Werke mit ausschließlichem Kohlenverbrauch sind in der Lage, bedeutend billigeren Strom zu liefern. Die Versammlung erkennt einhellig die Januar-Februar-Rechnungen des Badenwerks nicht an und beschließt die Zahlung in dieser Höhe abzulehnen. Weiter soll sich die Gemeinde dem Landesverband der Elektrizitätsabnehmer zwecks Abwehr der übermäßigen Forderungen des Badenwerks anschließen. Zum Schluß wurde eine Kommission unter dem Vorsitz des Bürgermeisters gebildet, die das Erforderliche einleiten soll.

* Neckarbischofsheim, 8. April. (Zugseinschränkung.) Wegen zu geringer Benützung verkehren ab Montag, 9. April die Züge 10 und 11 zwischen Neckarbischofsheim-Stadt und Reichsbahn nicht mehr. Das sind die Züge: Staatsbahnhof ab 12.30, Stadt ab 12.37, Stadt ab 1.58, Staatsbahnhof an 2.05. — Die Sommerfahrweide wurde dem Pächter Rau zu 1,5 Millionen Mark überlassen.

* Neckarbischofsheim, 8. April. (Sparkasse.) Die hiesige Spar- und Baukassette gibt ihren Rechnungsabschluss für 1922 bekannt. Danach schloß das Geschäftsjahr mit einem Reingewinn von Mk. 81 908 ab. Der Mitgliederstand ist ziemlich gleich geblieben; die Girokunden haben sich von 6 auf 13 erhöht.

† Sinsbach, 8. April. (Ernannt.) Pfarrer Dr. L. Eißelöffel in Rosenburg wurde zum Pfarrer dahier ernannt.

∞ Mosbach, 8. April. (Wuchergericht.) In der Wuchergerichtsung am Mittwoch wurde ein junger Händler, der sich der Bestimmung, daß heute mit Gegenständen des täglichen Bedarfs nur auf Grund besonderer Erlaubnis Handel getrieben werden darf, nicht fügen will, eine Freiheitsstrafe und eine fühlbare Geldstrafe ausgesprochen. In der Strafe wurde auch der Handel mit Goldwaren im Umherziehen, der bekanntlich ganz verboten ist, mitgebußt.

b Mannheim, 8. April. (Einem Brillantenschwinder.) Ist ein hiesiger Juwelier zum Opfer gefallen. Zwei Engländer traten von Wiesbaden aus mit einem hiesigen Juwelenhändler wegen Verkaufes von Brillanten in Unterhandlung. Am Mittwoch kamen die Engländer nach Mannheim und trafen sich mit dem Händler in einem Kaffee in der Oberstadt. Sie besaßen in der Tat schöne Brillanten, deren Wert sie auf 120 Millionen angaben. Wenn aber bare Zahlung erfolge, wollten sie die Steine zu 70 Millionen ablassen. Der Händler hatte nur 25 Millionen bei sich, indessen erklärten sich verschiedene Gäste und der Wirt bereit, weitere Millionen zur Verfügung zu stellen, so daß 50 Millionen zusammenkamen. Da aber immer die Kaufsumme noch nicht besaßen war, erklärten sich die Engländer bereit, dem Händler die Juwelen zu überlassen, doch bedangen sie sich aus, wenn der Händler den Koffer mit den Brillanten nach Hause nehme, sie den Schlüssel dazu behalten wollten, bis der Restbetrag aufgebracht sei. Als der Händler den Koffer daheim hatte, stiegen noch Bedenken in ihm auf, er ließ den Koffer öffnen und fand als Inhalt — zwei Seifenstücke. Einer der Engländer hatte es verstanden, den Koffer mit den Brillanten gegen einen ganz gleichen einzutauschen und sich so Brillanten und Geld zu erschwindeln. Bis der Betroffene den Sachverhalt entdeckte, waren sie über alle Berge. Bisher fehlt von den Gaunern jede Spur.

b Mannheim, 8. April. (Eine Liebesaffäre) hat sich auf der Straße bei Feudenheim zugetragen. Ein 21jähriger Bürschke schoß ein 18jähriges Mädchen, mit dem er Liebesverhältnis unterhielt, das von den Eltern des Mädchens nicht gebilligt wurde, nieder. Der Bürschke wurde festgenommen; der Zustand des Mädchens ist hoffnungslos.

t Detigheim, 8. April. (Selbstmord.) In selbstmörderischer Absicht ließ sich hier ein 20jähriger Arbeiter von hier vom Zug überfahren und war sofort tot.

∞ Hornberg, 9. April. (Ein ganz frecher Gaunerstreich) wurde dieser Tage in einem Gasthaus im benachbarten Gutach verübt. Ein gut gekleideter Herr stieg dort mit einem Koffer ab und verlangte ein Zimmer mit zwei Betten mit dem Bemerkn, seine Frau komme nach, wahrscheinlich per Auto. Der Mann bezahlte seine Zeche und ging nach längerem Warten zu Bett, da die Frau anscheinend infolge der Befehung bei Offenburg aufgehalten zu sein scheine. Am anderen Morgen war der Mann mit der gesamten Bettwäsche Oberbetten, Vorhängen, Läufer und so weiter verschwunden. Die Matratzen waren aufgeschnitten und ihres Inhalts beraubt. Man will in der Nacht ein Auto gehört haben, mit dem die Beute anscheinend mit Helfershelfern fortgeschafft wurde. Von dem Gast und dem gestohlenen Gut hat man bis jetzt nicht die geringste Spur.

b Furtwangen, 8. April. (Kraftwagenzusammenstoß.) Das Auto der staatlichen Kraftwagenlinie Furtwangen-Teisberg stieß bei Schwömbach mit einem unbeleuchteten Fuhrwerk zusammen. Dabei geriet der Fuhrmann unter sein Fuhrwerk und wurde getötet.

∞ Lörrach, 6. April. (Steuerhinterziehung.) Der Gastwirt Edmund Zeilinger von der Krone in Lörrach wurde wegen Steuerhinterziehung zu einer Gesamtgeldstrafe von 1 Million 982 000 Mark verurteilt.

∞ St. Blasien, 9. April. (Unglück.) Infolge zu starken Alkoholgenusses hatte der 18 Jahre alte Pius Schäfer von Eisenbrenne-Blaswald am Ostermontag die Herrschaft über seinen Körper völlig verloren. Er fiel auf dem Nachhauseweg verschiedenemale und zuletzt so unglücklich, daß er bewußtlos zusammenbrach und am nächsten Tage infolge von Gehirnlutungen verschied. Auf die aufgefundenen total zerfallenen Spazierstöcke hin verhaftete man den Bruder des Verunglückten, der mit ihm gezecht und nach Hause gegangen war. Der Bruder, Emil Schäfer, wurde aber, da sich der Verdacht einer Züchtigung oder Tötung nicht bewahrheitete wieder freigelassen.

t Rheinfelden, 8. April. (Ein Gaunerstück.) Unter dem Verdacht, den Diebstahl in der Lederwarenfabrik in Warmbach begangen zu haben, wurden zwei Bürschken verhaftet und sollten in das Amtsgefängnis nach Säckingen transportiert werden. Unterwegs sprang jedoch einer aus dem in voller Fahrt befindlichen Zug, überschlug sich mehreremale, konnte aber doch entkommen.

p Hebertingen, 4. April. (Ertrunken.) Das 1/2 jährige Töchterchen des Landwirts Nikolaus Soos, Mimmehausen, ist in der Aach ertrunken.

b Oberdorf, 8. April. (Diebstahl.) Auf dem benachbarten Schloß Lichteneck wurden am Abend des Osterfestes Silberbestecke im Werte von 2,5 Millionen Mark gestohlen. Nach dem Täter, den man noch aus dem Schloß springen sah, wird eifrig gefahndet. Das Silberzeug war schon einmal gestohlen, aber wieder beigebracht worden. Als Täter war in diesem ersten Fall ein früher auf dem Schloß beschäftigter Diener ermittelt worden.

t Frankfurt a. M., 3. April. (Mit dem Schulzeugnis in den Tod.) In der Schloßstraße wurde ein 8 jähriges Mädchen, das mit gutem Schulzeugnis und der Verzeugsnote in der Hand; freudbestrahlend nach Hause eilen wollte, von einem auswärtigen Auto überfahren und auf der Stelle getötet. Die Kleine hatte, als man sie unter dem Wagen hervorzog, das Schulzeugnis noch in der Hand.

Stimmen aus dem Leserkreis.

Für die unter dieser Abteilung erscheinenden Artikel übernimmt die Schriftleitung lediglich die präsegebliche Verantwortung.

Strompreise.

sch Aus dem Amtsbezirk, 8. April. Nun geht es bald über die Huttschnur! Mit den Rechnungen nämlich des Badenwerks für elektr. Strom. Es ist nicht nur der Strompreis, dessen Erhöhung im Verhältnis zu der Lohnsteigerung man sich gefallen ließe, als die Zählermiete, welche die Leute in Harnisch bringt: ein Entgelt also für etwas, was dem Werk doch gar keine steigenden Ausgaben bereitet. Das Werk redet sich immer auf die steigenden Kohlenpreise hinaus. Die Stromabnehmer aber hatten gehofft, daß sie durch Verbindung mit einem Großwasser-Kraftwerk gerade von der Kohle unabhängig würden. Und nun? Sind wir nun dem Badenwerk auf Gnade oder Ungnade ausgeliefert? — Wenn wir es uns gefallen lassen und nicht zusammenstehen, gewiß! Wohin aber soll man sich wenden? — An die Regierung. Der badische Staat hat 52 Prozent der Aktien des Badenwerks. Das wurde f. Zt. abschließend so gemacht, damit der Staat, als der Vertreter des Gesamtinteresses, die Majorität habe im Aufsichtsrat und in der Generalversammlung des Werks. Der Staat kann also helfen, wenn er will. Es sollten deshalb die Bürgermeister der Gemeinden, die Stromabnehmer sind, zusammenkommen und so laut Klage führen, daß man es in Karlsruhe hört.

Ämtliche Bekanntmachungen.

Nr. 21. Pferderäude betr. Unter dem Pferdebestand des Anton Oswald in Eichtersheim ist die Pferderäude ausgebrochen. Sinsheim, den 7. April 1923. Bad. Bezirksamt.

Statt Karten.

Johanna Gmelin
Otto Müller

Verlobte

Sinsheim, 8. April 1923.



H A P A G
HAMBURG-AMERIKA LINIE
GENEVA, BRUSSEL, LONDON
UNITED AMERICAN LINES INC
Nach
NORD-, ZENTRAL- UND SÜD-
AMERIKA
AFRIKA, OSTASIEN USW.
Billige Beförderung über deutsche und ausländische Häfen. — Hervorragende III. Klasse mit Speise- und Rauchsaal. Erstklassige Salon- u. Kajütendampfer
Etwa wöchentliche Abfahrten von
HAMBURG NACH NEW YORK
Auskünfte und Drucksachen durch
HAMBURG - AMERIKA LINIE
HAMBURG und deren Vertreter in:
Sinsheim: Hermann Betsch,
Hauptstr. 304. Telefon 127.

Großes Lager in
Braves, fleißiges Mädchen
nicht unter 18 Jahren, für Küche und Hausarbeit gesucht.
Konditorei und Kaffee
Eugen Schmidt.
Hch. Bender, Michelfeld
Wilhelmstr. 1.